

Die „Freiheit“ erscheint täglich (Sonntags und Montags nur einmal, an den Unterhaltungsbeilagen „Frei Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“). Der Preis beträgt bei treuer Zahlung im Voraus monatlich 2.— M. für den Monat Februar, im Voraus zahlbar. Als Vorkasse nehmen sämtliche Verlagsstellen entgegen. Unter Streichband bezogen ist Deutschland, Belgien, das Saar und Elsaß-Lothringen sowie die früheren deutschen Gebiete Dänemark und Kurland 2.— M., für das übrige Ausland 2.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 20

Die zehnspaltige Nonpareilgröße oder deren Raum kostet 2.— M., einschließlich Anzeigenpreis. Kleinanzeigen: Das gedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anzeigenpreis. Kostende Anzeigen (ausser Text-Familien-Anzeigen und Stellen-Befunde) 4.00 M., jedes weitere Zeile. Stellen-Befunde in Wort-Anzeigen: das gedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor der Entscheidung des Reichstags

Fraktionsbesprechungen

Stolz ließ ich den Spanier! Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm gestern den Bericht über die Verhandlungen mit den Regierungsparteien von ihren Vertretern, dem Abgeordneten Dr. Stresemann und Kempter, entgegen. Wie die „Zeit“ mitteilt, kam die Fraktion nach kurzer Beratung zu dem Ergebnis, daß vorläufig für die Deutsche Volkspartei noch keine Möglichkeit bestehe, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die in der interfraktionellen Besprechung aufgeworfen worden sind. Sie sei der Ansicht, daß es zunächst Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei sein werde, sich über die Vorschläge, die von den Demokraten und dem Zentrum gemacht worden sind, zu entscheiden. Erst wenn die endgültige Entscheidung der Sozialdemokratischen Fraktion zur Frage der großen Koalition vorliege, sei auch für die Fraktion der Deutschen Volkspartei die Möglichkeit gegeben, Beschlüsse zu fassen. Deshalb habe die Fraktion ihre Weiterberatungen auf heute vormittag 11 Uhr vertagt.

Inzwischen hat die Sozialdemokratische Fraktion getagt und ihre Beteiligung an der großen Koalition abgelehnt. Der „Vorwärts“ begleitet diesen Beschluß mit folgenden Bemerkungen:

Der unmaßliche Versuch der letzten Stunde, die große Koalition als Kind eines großen Kuddelmuddels plötzlich in Erscheinung treten zu lassen, ist offenbar aus dem Wunsch entstanden, jene Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses zu verhindern, die sich daraus ergeben müßte, daß das Reichskabinett den Unabhängigen keine Erhaltung verdankte. Es ist eine Wertwürdigkeit dieses Spiels, daß die Unabhängigen selber Angst zu haben scheinen eben vor dem Gedanken, der jenen bürgerlichen Politikern Grauen einflößt. Sie haben Angst davor, als Retter der Regierung zu erscheinen, sie haben Angst auch Angst davor, daß die Regierung stürzt...

Die hier vorgetragene Auffassung von der Stellungnahme der Unabhängigen Fraktion ist durchaus irreführend. Die Haltung unserer Partei wird lediglich von den Interessen der ganzen Arbeiterklasse bestimmt. Nicht wir haben das Kabinett Wirth in die jetzige Krise gestürzt, sondern es ist durch seine eigene Schuld in sie hineingeraten. Man kann eben nicht auf zwei Schultern

tragen, das eine Mal die Unterstützung der Arbeiterschaft verlangen und das andere Mal die geballte Faust gegen die Beamten und Arbeiter schwingen. Wir brauchen deshalb auch keine „Angst“ vor den Folgen eines Sturzes der jetzigen Regierung zu haben. Wenn die Krise durch eine Auflösung des Reichstags gelöst werden sollte, so wird unsere Partei die ganze Arbeiterklasse von der Notwendigkeit zu überzeugen suchen, die gemeinsame Front aller Arbeitenden gegen das Kapital und keine Parteien herzustellen. Und wir sind dessen sicher, daß die Massen uns verstehen werden.

Die Lage für das Kabinett Wirth ist insofern wieder etwas günstiger geworden, als nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus München die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei in der Vertrauensabstimmung für Dr. Wirth votieren werde, mit der Begründung, daß in diesem kritischen Augenblick die Außeninteressen des Reiches der Gegnerschaft gegen die Person des jetzigen Reichskanzlers vorangingen und eine Katastrophopolitik vermieden werden müsse. Es sei jedoch abzuwarten, ob alle Mitglieder der Fraktion die ausgegebene Parole befolgen oder einige sich der Abstimmung enthalten werden.

Heute vormittag fanden wiederum Fraktionsberatungen statt, die mit interfraktionellen Besprechungen abwechselten. Die Plenarsitzung des Reichstags beginnt um 2 Uhr. Zuerst sollen noch drei Redner zur Wohnungsfrage sprechen, um 4 Uhr wollen die verschiedenen Parteien kurze Erklärungen abgeben und um 4 Uhr beginnt die Abstimmung. Der Vertrauensantrag der Regierungsparteien soll als der weitestgehende zuerst behandelt werden, erst nachher will man über die Mißbilligungsanträge abstimmen.

Im Laufe des heutigen Vormittags hatten Vertreter der rechtssozialistischen und der unabhängigen Fraktion eine Besprechung, in der lediglich die bisherige Stellungnahme der Partei dargelegt wurde. Darauf verhandelten die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei mit dem Reichskanzler über die allgemeine Politik der Regierung. Ein positives Ergebnis hatten die Besprechungen bis zur Mittagsstunde noch nicht.

Preussische Grundsteuer

II*

Eine ganz verkehrte Bestimmung, die allerdings dem ganzen Gesetz das Gesicht gibt und es für unsere Partei als unannehmbar erscheinen lassen muß, ist im § 5 des Entwurfes enthalten, der in dürren Worten festsetzt, daß die Steuer bei den Grundstücken und Gebäuden, die nicht von ihrem Eigentümer genutzt werden, dem Nutznießer (Pächter, Mieter) aufgeschlagen werden kann. Selbst bei laufendenden Verträgen soll die Abwälzung ohne weiteres erfolgen können und wenn der Steuerpflichtige (der Eigentümer) den Betrag von dem Mieter oder Pächter nicht bekommen kann, soll auf seinen Antrag die Steuerbehörde die Steuer direkt von dem Nutzungsberechtigten einziehen! Es handelt sich demnach bei der Grundvermögenssteuer, soweit es Miethäuser betrifft, um eine reine Mietsteuer, die neben der durch Reichsgesetz geregelten Mietsteuer erhoben werden soll, aber nicht zur Förderung des Wohnungsbaues, sondern zur Bestreitung staatlicher Ausgaben irgendwelcher Art dienen soll.

Es scheint mir notwendig zu sein, diese Absicht von vornherein mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die bisherige Niedrighaltung der Mieten, die auf die Dauer natürlich ökonomisch betrachtet, nicht aufrechterhalten werden kann, darf zu keinem anderen Zweck langsam abgebaut werden als zur Erhaltung der Substanz unseres gegenwärtigen Hausbestandes und zur Erbauung neuer Wohnhäuser. Zu diesem Zwecke muß eine den Gemeinden zu überlassende Regelung herbeigeführt werden, die eine unter sozialen Gesichtspunkten gestaffelte Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues ermöglicht und damit eine der dringendsten und bedeutsamsten Fragen unserer Sozialpolitik ihrer Lösung näherführt. Die Wohnungsfrage ist — darüber sind sich weiteste Kreise einig — nicht mehr privatwirtschaftlich lösbar, sie kann nur gemeinwirtschaftlich geregelt werden und die einzige Stelle, die den vielfältigen Besonderheiten dieses Problems gerecht zu werden vermag, ist die Gemeinde, der man endlich in dieser Hinsicht gesetzgeberisch den Weg dafür freimachen sollte. Eine Grundsteuer als Mietsteuer in der Art des vorliegenden Gesetzentwurfes aber ist auf jeden Fall undiskutabel und unsere Genossen im Landtag täten gut, sofort zu beantragen, daß das Steuergesetz beschränkt werde auf unbedebaute Grundstücke sowie auf dauernd land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Grundstücke. Ebenso wäre der § 5 Abs. 3, der die Abwälzung regelt, zu streichen, denn die Einrichtung der Pachteinigungsämter gibt den Besitzern von Grundstücken bereits ausreichende Möglichkeiten, in laufende Pachtverträge einzugreifen.

Der Steueratz, den der Entwurf vorsieht, ist angesichts der viel zu niedrigen Bewertung sehr mäßig. Ich schätze ihn im Durchschnitt auf höchstens 1 bis 1½ je Tausend des gemeinen Wertes, so daß der gemeindlichen Besteuerung noch ausreichender Raum gesichert bleiben kann, wenn die vorgeschlagene Aenderung des § 18 erfolgt und die Bestimmungen der Novelle zum R. Abg. G. vom 26. August 1921 auf diese Grundzahlen angewandt werden können (§ 54 Abs. 1). Unter diesen Umständen dürften die Gemeinden, trotzdem sie sich gegen jeden Eingriff in das schmale Gebiet der ihnen verbliebenen Realsteuern mit allen Kräften wehren müssen, die Regelung wenigstens als erträglich erachten, insbesondere wenn dafür endgültig mit der Absicht Schluß gemacht wird, den Zugriff auf die Gewerbesteuer auszudehnen.

Die Frage der Abwälzung dieser Grundsteuer auf den Konsumenten in Form erhöhter Preise für landwirtschaftliche Produkte dürfte m. E. dahingehend zu beantworten sein, daß die Tendenz der Angleichung der deutschen Preise für Bodenerzeugnisse an die Weltmarktpreise bezw. an die inländische Kaufkraft bereits soweit fortgeschritten ist, daß an sich dem Konsumenten in immer vollständigerem Maße der Preis ausgezwungen wird, der gegenüber der Auslandskonkurrenz erzielbar ist. Diese Anpassung ist zurzeit schon so entwickelt, daß ein stärkerer Preisrückschlag auf dem Weltmarkte nach Jahren wieder zum ersten Male eine scharfe Wirkung auch auf die Landwirtschaft ausüben müßte. Es genügt daher Offenhaltung der Grenzen für zollfreie Einfuhr aller wichtigen Lebensmittel, um eine Auswucherung, die über das Weltmarktpreisniveau hinausgeht, zu bekämpfen. Unter derartigen Verhältnissen aber wird eine Grundsteuer zu einer von dem Grundbesitzer wirklich zu tragenden Last und es dürfte daher im Interesse des Proletariats liegen, wenn wir uns für die Durchsetzung und entsprechende Gestaltung einer Steuer vom Grundvermögen einsetzen. Voraussetzung bleibt allerdings die oben erwähnte Auscheidung der Gebäude aus der Steuerordnung, der Ausfall an Einnahmen kann sicherlich in erheblichem Maße durch eine angemessene Wertfestsetzung ausgeglichen werden.

Auch bei der Behandlung dieser Frage drängt sich die Notwendigkeit einer Erfassung der Sachwerte in den Vordergrund. Die vorgesehene Regelung geht von einer durchaus unsicheren Grundlage — der ständig schwankenden Papiermark — aus, und wird daher auch hier zu einer Entwidlung führen, daß bei der Erhebung der Steuer der aufkommende Betrag nur einen Bruchteil dessen darstellt, was ursprünglich aufgebracht werden sollte. Als der Entwurf der Steuer

*) Siehe Nr. 76 der „Freiheit“.

Nach den Eisenbahnern die Bergarbeiter

Das Vorgehen der Reichsregierung gegen die streikenden Eisenbahner hat helle Freude auch im Lager der Schwerindustrie ausgelöst. Die Krupp, Alsdörfer, Stinnes, Silberberg und Thyssen mitteln Morgenluft. Die Bergarbeiter, die infolge der unerhörten Teuerung und Geldentwertung in einer Lohnbewegung stehen, sollen mit den gleichen Mitteln niedergehalten werden, die die Regierung gegen die Eisenbahner anzuwenden versucht hat. Diesem Wunsche wird in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom Sonntag, den 12. Februar, in folgender Weise Ausdruck gegeben:

Wir sind gespannt darauf, wie sich Wirth gegenüber den Lohnforderungen verhalten wird, welche die Bergarbeiter schon wieder angemeldet haben, nachdem sie gerade erst Ende Januar aufgebessert worden sind. Eine Lohnerhöhung um 30 Prozent, wie sie von dem alten Bergarbeiterverband gefordert wird, würde den Kohlenpreis weiter um ca. 200 Mark je Tonne steigern. Leidtragende wären dabei alle nicht im Bergbau beschäftigten Arbeitnehmer, nicht zuletzt der Staat, auf dessen Kosten sich die Bergarbeiter bereichern würden.

Wir fragen die Regierung, ist sie bereit, diesen unberechtigten (!!) Forderungen Widerstand entgegenzusetzen und hier die Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen? Und wie würde sie sich verhalten, wenn die Bergarbeiter zur Erzwonung ihrer neuen Ansprüche in den Streik träten? Ob Beamte oder Arbeiter, sicher ist, daß Staat und Wirtschaft von einem derartigen Streik den Schaden hätten. Der Unterschied ist lediglich formal-juristischer Natur. Die Kohle ist für unser Wirtschaftsleben so unentbehrlich, wie ein regelmäßiger Eisenbahnverkehr. In heutiger Zeit ist jeder Streik eine Verhängung an der Allgemeinheit.

Es ist zwar zu verstehen, daß die scharfmacherischen Maßnahmen der Regierung den Appetit der Schwerindustrie gefördert haben. Aber die „Deutsche Bergwerkszeitung“ und ihr schwerindustrieller Anhang würden bald einsehen müssen, daß sie nicht auf ihre Kosten kommen können. In der Abwehr der Regierungsmassnahmen gegen das Streikrecht der Beamten waren sich, von einigen schwankenden Gestalten der Rechtssozialisten abgesehen, alle Arbeiter einig. Ein Angriff auf das Koalitionsrecht der Bergarbeiter würde einen Kampf der gesamten Arbeiterschaft auf so breiter Front entfesseln, daß die Schwerindustrie einen Denkartel bekäme, wie sie ihn bisher noch nicht erhalten hat.

brennen, der sich schließlich auch auf die anderen Kohlenreviere ausdehnen wird. Wie der Hallische „Vollzeitung“ von gut-unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind die Arbeiter entschlossen, ihre Forderungen unter allen Umständen durchzusetzen. Diese Forderungen sind: Ausschluß der Unorganisierten von der Teilnahme an verschiedenen tariflichen Bezügen, wie Kinderzulagen, Ferienentlohnung usw. Da die Unternehmer im Braunkohlenbergbau wegen des Ausschlusses der Unorganisierten von einem Teil der tariflichen Bezüge auf ihrem strikt ablehnenden Standpunkt beharren und behaupten, daß sich diese Forderung der Arbeiter gegen die Verfassung richte, muß mit dem Ausbruch eines schweren Kampfes in Mitteldeutschland gerechnet werden.

Die neuen irischen Kämpfe

London, 14. Februar.

Churchill teilte im Unterhause mit, daß die Regierung angeordnet habe, die Räumung Irlands durch die britischen Truppen zu unterbrechen. Michael Collins kommt aus Irland nach London, um mit der britischen Regierung zu beraten. Collins hat telegraphisch mitgeteilt, daß er Schritte zur Freilassung der Entführten unternommen habe. Der Premierminister von Ulster erklärte, wegen der Entführung herrsche große Erregung. Die Schieberei in Belfast ging heute vormittag weiter. Seit 8 Uhr wird ununterbrochen geschossen. Drei weitere Personen wurden getötet. Bei den Kämpfen der letzten zwei Tage sind bisher 18 Personen getötet und 50 verwundet worden.

Im Oberhause legte der Lordkanzler, die Lage in Irland sei äußerst ernst. Offenbar stehe der größere Teil der republikanischen Armee hinter der provisorischen Regierung, aber in verschiedenen Gegenden widersetzten sich die Truppen ihren Befehlen. Die provisorische Regierung tue zweifellos ihr Bestes, um ihrem Willen Gehorsam zu verschaffen. Man müsse ihr deshalb helfen, soweit dies die Verpflichtungen Großbritanniens gegenüber Ulster zuließen.

Heute sind über 60 Sineser, die in verschiedenen Gefangnissen von Großbritannien in Haft waren, freigelassen worden.

Amnestie in Irland. Der Präsident der provisorischen irischen Regierung, Collins, erläßt eine Amnestie gegen alle diejenigen Personen, die Feindseligkeiten gegen Irland begangen haben. Die Amnestie erstreckt sich auf Engländer und alle Ausländer, die in den letzten sechs Jahren wegen Feindseligkeiten gegen Irland verurteilt oder angeklagt sind.

Deutsche Schiffe für Argentinien. Reuter meldet aus Buenos Aires, die argentinische Regierung habe beschlossen, von Deutschland zehn Schiffe von je 5000 Tonnen und acht weitere Schiffe von je 185 Tonnen anzulassen. Sie sollen als Hilfschiffe für die Marine Verwendung finden.

Differenzen in Mitteldeutschland

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Halle, 15. Februar.

Wenn nicht in letzter Stunde über die strittigen Fragen eine Verständigung erzielt wird, dürfte bereits im Laufe der nächsten Woche im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ein Kampf ent-

zuerst herauskam — unter Videmanns Regie — fand der Dollar auf dem vierten Teil seines gegenwärtigen Preises, d. h. die damals bereits veranschlagten 948 Millionen Steuer-aufkommen bedeuteten etwa viermal soviel wie die vielleicht im Jahre 1922 hereinkommende nominell gleiche Summe! In Wirklichkeit ist die Steuer also bereits auf 25 Prozent der ursprünglich beabsichtigten Belastung gesunken! Die Er-fassung der Sachwerte in Gestalt der Eintragung einer Gold-hypothek, deren Zinsen nach dem jeweiligen Durchschnittswert der Papiermark zu entrichten wären, würde die Steuer-leistung automatisch der Goldwertveränderung anpassen und dadurch endlich dahin führen, daß auch die Besitzer von Sach-werten entsprechend zu den Lasten des deutschen Volkes beizutragen. Erst dann würde die Steuer auch ihre volkswirt-schaftliche Funktion, Antrieb zur Intensivierung der Produk-tion zu sein, ausüben und damit einen für unsere gegen-wärtigen Verhältnisse besonders wichtigen Faktor darstellen. (Siehe die Ausführungen von Rudolf Hildebrand über diese Frage in früheren Artikeln der „Freiheit“.) Nachdem die Grundbesitzer durch die Reichsgesetzgebung die Möglichkeit gehabt haben, ihre in Goldmark aufgenommenen Hypotheken in Papiermark zurückzahlen, ist es nur ein Gebot der Ge-rechtigkeit, daß die Belastung ihres Besitzes in dem zur Sa-nierung unserer Reichsfinanzwirtschaft gebotenen Umfange baldigst erfolgt.

Ein deutschnationaler Verleumder

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
Halle, 15. Februar.

Vor dem Schöffengericht in Magdeburg hatte sich gestern der Chefredakteur der deutschnationalen „Magdeburger Tageszeitung“ Ernst Moritz wegen Beleidigung des früheren kommunistischen Landrats Caspard zu verantworten. Nach mehrstündiger Verhandlung, in deren Verlauf sich der deutschnationalen Stinnes-angrufer vergeblich bemühte, einen sogenannten Wahrheitsbeweis anzutreten, beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft wegen der Schwere der gegen Caspard erhobenen Beleidigungen die höchst zulässige Geldstrafe von 1500 Mark und bedauerte, daß ihm die Möglichkeit verstragt sei, das neue Gesetz, das bekanntlich Strafen bis zu 15 000 Mark vorsieht, nicht anwenden zu können. Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht auf eine Geldstrafe von 1000 Mark.

Die Feindschaft gegen den Genossen Caspard durch die deutsch-nationale Presse erhobenen Angriffe sind damit entsprechend gekennzeichnet. Charakteristisch ist wiederum die Tatsache, daß dem Angeklagten keinerlei Beweismaterial zur Verfügung stand.

Ein kommunistischer Held

Bela Kun, der ehemalige Volksbeauftragte der ungarischen Räterepublik und jetzige Vertrauensmann der Moskauer Inter-nationale, hat in der internationalen Arbeiterbewegung eine mehr als verhängnisvolle Rolle gespielt. Wir berichteten seinerzeit über das von einem ungenannten Kommunisten heraus-gegebene Buch „Die ungarische West in Moskau“, in dem u. a. beschrieben wurde, wie Kun nach dem Zusammenbruch seines Re-gimes in Ungarn mit einem Säckchen voll Diamanten, das er an seinem Haupte verborgen hatte, schleunigst das Weite suchte und von seinen Parteigenossen in Wien erst förmlich dazu gezwungen werden mußte, diese Diamanten wieder heraus-zugeben. Jetzt hat der bekannte österreichische Kommunist Be-ttelheim, der früher einmal zum engeren Stabe Bela Kuns gehörte, eine Broschüre mit neuen Anlagen gegen diesen Ehrenmann herausgegeben, die beweisen, daß der einstige Volks-kommunist nichts anderes ist, als eine ganz gewöhnliche Abenteuer-natur. Bettelheim berichtet, daß während der Zeit der ungarischen Räterepublik die österreichischen Kommunisten durch Vermittlung Kuns einen Brief an Lenin übermitteln wollten, in dem sie Instruktionen für ihre Haltung erbat. Kun gab diesen Brief nicht weiter, sondern verfertigte selbst eine gefälschte Antwort, in der er im Namen Lenins die österreichischen Kom-munisten zur sofortigen Ausrufung der Räte-republik aufforderte. Der somit angedrohte Brief fand tatsächlich am 15. Juni 1919 statt, und scheiterte nur an der Be-

sonnenheit der Wiener Arbeiterschaft. Beinahe hätte also durch die Schuld Bela Kuns das österreichische Proletariat dieselbe traurige Bahn betreten, die dem ungarischen beschieden war. Die Gefährlichkeit des verbrecherischen Treibens Bela Kuns, die Bettelheim auch noch durch andere Beispiele erhärtet, wird ins rechte Licht gerückt, wenn man bedenkt, daß dieser Mann noch heute in Moskau einen einflußreichen Posten inne hat und sich berufen läßt, den ausländischen kommunistischen Parteien Vorschriften über ihre Taktik zu machen.

Eine Schande

Kommunisten verprügeln ihre eigenen Klassengenossen

Das Leipziger Gewerkschaftskartell ver-öffentlicht in der Dienstagausgabe der „Leipziger Volks-zeitung“ folgende Erklärung:

Das Gewerkschaftskartell hatte für gestern abend eine Funk-tionärerversammlung einberufen. Auf der Tagesordnung stand die wichtige Frage der letzten Verkehrsstreiks.

Um eine gleichmäßige Vertretung der Organisationen zu den Funktionärerversammlungen zu erzielen, hat die Kartellversamm-lung im November 1921 beschlossen, Delegiertenkarten anteilig auf die dem Kartell angeschlossenen Verbände zu verteilen. In der Versammlungseinschreibung war ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur diese Delegiertenkarten zum Eintritt berechtigen. Die Sächsische Arbeiterzeitung hatte trotzdem alle A. P. D.-Funk-tionäre und Genossen aufgefordert, die Versammlung zu besuchen.

Dieser Parole waren die Anhänger der A. P. D. gefolgt und erzwangen sich mit Gewalt den Zutritt zur Versammlung.

Die wilden Prügeleien, die von den Eindringlingen an den Saaleingängen provoziert wurden, sind eine Schande für die Leipziger organisierte Arbeiterschaft. Alle, in der Arbeiterbewe-gung ergrante Genossen wurden brutal ins Gesicht geschlagen. Bis hierher hat die Leipziger Arbeiterschaft diese Methode den antifeudalistischen Kabaletten. Knüppelungen war bis jetzt noch kein Vorbild für sozialistische Arbeiter.

Unter diesen Umständen lehnte der Kartellausschuss die Ab-haltung der Versammlung ab und beschloß deren Vertagung. Wir werden in Kürze die Funktionäre wieder zusammenrufen.

Wir erwarten von den Gewerkschaftsmitgliedern, dafür zu sorgen, daß der alte Ruf der Leipziger Arbeiterschaft, eine gesunde und disziplinierte Kampftruppe gegen das Unternehmertum zu sein, nicht verdunkelt wird durch Rohheiten verheerter Gruppen gegen andersdenkende Klassengenossen.

Es wird eine dauernde Schande bleiben, daß kommu-nistische verheerter Arbeiter ihre eigenen Klassengenossen ver-prügeln, nur weil sie in bestimmten Fragen eine andere Auffassung haben. Der Leipziger Fall zeigt erneut, was die A. P. D. unter proletarischer Einheitsfront versteht. Freilich darf man sich nicht wundern, daß kommunistische Ar-beiter sich den Knüppelungen zum Vorbild nehmen, ist doch auch die Leitung der A. P. D. der Meinung, daß man, wie in ihrer Auseinandersetzung mit dem Verlag Seehof, Diffe-renzen nur durch Gewalttätigkeiten lösen könne. Ein nicht besseres Beispiel geben die kommunistischen Abgeordneten, indem sie in den Parlamenten an die Stelle erster Arbeit das wüste Kabaletten setzen. Glaubt man bei der A. P. D., daß man mit solchen Methoden die Interessen der Arbeiter-klasse fördert?

Die Organisation Thüringens

Der Landtag für Thüringen hat soeben eine Regierungsvorlage beraten, nach welcher die früheren Einzelstaaten nicht, wie bislang angenommen, am 31. März 1922 vollständig aufhören werden zu existieren, sondern ihre Auflösung bis zum gleichen Termin 1923 noch hinausgeschoben wird. Der Hauptgrund für diese Verzögerung liegt in der finanziellen Auseinandersetzung zwischen den Einzelstaaten und dem Lande Thüringen. Außer-ordentliche Schwierigkeiten bei der Auseinandersetzung bereiten die Domänen, Forsten und Steuern. Die Verwaltung der ehe-maligen Gliedstaaten wird von Geschäftsleitern weitergeführt, und zwar von je einem einzigen der bisherigen Regierungsmit-glieder. Ein Recht, Gesetze zu erlassen, steht den ehemaligen Einzelstaaten vom 1. April 1922 ab nicht mehr zu. Auch das Recht, die Gebietsvertretungen (Landtage) selbstständig einzuberufen, steht den Leitern der Einzelstaaten nicht mehr zu, sondern

bedarf der Genehmigung des thüringischen Staatsministeriums. Die Gebietsvertretungen (Landtage), welche ihre Mitgliederzahl bereits einmal herabsetzen mußten, sollen auf 2—3 Mitglieder ein-geschränkt werden.

Stadtbrief gegen Schulz und Zilleßen

Wien, 14. Februar.

Die Budapest Oberlandeshaupmannschaft hat auf Ansuchen des Offenburger Landesgerichts einen Stadtbrief gegen die der Ermordung Erzbergers Beschuldigten erlassen. Das Blatt fügt hinzu, daß zur Ausforschung der Genannten auch deutsche Geheimpolizisten nach Budapest gekommen seien.

Genua um 14 Tage verschoben!

EE. Paris, 12. Februar.

Eine Londoner Havasmeldung besagt, die Konferenz von Genua würde wahrscheinlich um 14 Tage verschoben werden. Ueber die-ßen Zeitpunkt würde man sich einigen. Allerdings heißt es, daß die italienische Regierung zuvor einen derartigen Wunsch nach einer vierzehntägigen Vertagung nach London übermitteln müsse und daß bisher eine derartige Mitteilung der italienischen Regie-rung nicht eingetroffen sei. Die gestrige Reutersmeldung über gewisse Einzelheiten der Sachverständigenkonferenz wird heute bestätigt. Frankreich stimmt demnach zu, daß diese Konferenz in London stattfinden will, aber in der Frage der Zuziehung der Vertreter der kleinen Entente vorläufig nicht nachgeben. Aller-dings ist dabei zu bemerken, daß England damit erst die Note der französischen Regierung von vorgestern beantwortet hat. Auf die Note Frankreichs vom 4. Februar ist immer noch keine Antwort eingegangen.

Die Verteilung der deutschen Reparationszahlungen

EE. Paris, 13. Februar.

In der Frage der Behandlung der deutschen Reparationsvor-schläge für 1922 sind Frankreich und England geneigt, die Repara-tionskommission die Festsetzung der Höhe der deutschen Zah-lungen für 1922 zu überlassen. Danach werden die Finanzminister in London zusammentreten, um gemäß dem englischen Vorschlag die Verteilung der deutschen Reparationszahlungen in diesem Jahr zu bestimmen. Frankreich hofft außerdem, daß im Anschluß an diese Beratungen das zwischen Poincaré und Rathenau in Wies-baden getroffene Abkommen in Wirksamkeit treten kann, weil es Frankreich Naturalleistungen in Höhe von 950 Millionen Gold-mark in Aussicht stellt. Nach dem „Echo de Paris“ wird außer-dem die Frage der Deutschland ausserlegenden Garantien be-sprochen werden, weil nach Ansicht des genannten Blattes nur die Ausübung eines starken Drucks Deutschland zur Achtung der bin-denden Beschlüsse veranlassen könne.

Deutschlands Zahlungen an England

EE. London, 15. Februar.

Im Unterhause erklärte der ständige parlamentarische Sekretär der Admiralität, Hilton Young, Deutschland habe an Reparationen für England vom 11. November 1918 bis 31. April 1921 insgesamt 127 Millionen Goldmark in Geld und 210 Millionen Goldmark in Waren geleistet. Die Kosten für die englischen Besatzungstruppen hätten sich belaufen auf 52 900 000 Pfund Sterling oder 931 Millionen Goldmark, von denen 376 Millionen Papiermark gleich 88 Millionen Goldmark in Abzug gebracht werden müßten. Die reinen Besatzungskosten beläufen sich daher auf 843 Millionen Gold-mark, von denen 357 Millionen in Gold oder Naturalien getilgt seien, so daß ein Rest von 486 Millionen Goldmark übrigbliebe.

Die heutige Börse

Die Haltung der Börse war überwiegend fest und teilweise stark belebt. Besonders oberhalb der Werte begünstigt. Paris 2050. Auch Rattowitzer Oberbedarf und Caro wesentlich höher. Luxemburger 970, Harpener 1595, Gelsenkirchener 1035, Wöhrer 1090, Bochumer 1110, Rhein Stahl 1008, A. E. G. 788, Orenstein 1100, Daimler 605, Hirsch Kupfer 785, Guano 1435, Dynamit 835, Stettiner Vulkan 1410, Hagapag 473, Hanja 455, Lloyd ca 235, Petroleum 1900. Von fremden Devisen waren Holland 7475, London 871, zu 873, New York 199 1/2, Dollarnoten 198 1/2, Rumänien 158, Warschau 5.67, Polnische Noten 3.62, Österreichische Noten 3.27.

Theater

Don Carlos — Staatstheater

Die schönste Don Carlos-Aufführung, die ich kenne, war zugleich die längste. 1905 spielte man in Wien das Werk in zwei Teilen. Am ersten Abend fiel der Vorhang nach dem Monolog des Königs. „Jetzt gib mir einen Menschen, gute Borst!“ —, also in der Mitte des dritten Aktes. Mit dem Audienzsaal, dem sechsten Auftritt dieses Aktes begann der zweite Teil, der wie der erste ein voll-wührender Theaterabend war.

Der kürzeste Don Carlos ist der neue von Jelinek. Er ist wichtig, aber er läßt kalt, gerade wegen seiner Kürze. Denn beim Carlos liegt in der Länge die Würde. Seine Fülle ist seine Kraft und seine Herrlichkeit.

Jelinek konzentriert auch dieses Drama wieder auf die knappen Taktflächen der Handlung. Wenn dieser starke, formenjüngende Theatermann doch einsehen würde, daß das nicht immer geht. So wie beim Othello letztlich, bedeutet auch beim Carlos die Kürzung keine Steigerung, sondern eine Schwächung des Werkes. Der Othello ist mehr als die Ballade der Paarung von Schwarz und Weiß (dieses „Mehr“ ist Shakespeares Genie). Und Carlos als zusammengebrängtes Intrigen- und Rebellentum ohne die Fülle von Schillers Redefreudigkeit ist wie ein Opernlibretto ohne Musik.

Beim Carlos muß man stets den Tränen nahe sein, und man ist ihnen dort am nächsten, wo sich nicht die Handlung entwickelt, son-dern wo es von Arien und Wahnsinn überschäumt. Jelinek hat zum Beispiel die letzte Szene gestrichen, in der Carlos Nachts zur Mutter schleicht. Für die „Handlung“ ist die Szene entbehrlich. Für die Form des Stückes ist sie unentbehrlich. (Ausgleich zur ersten Begegnung im ersten Akt!) Und für unsere Herzen? — Diese Romantik und Melancholie ist überhaupt erst der Carlos, den wir lieben. Die Schönheit des Werkes besteht ja nur aus dem, was eigentlich gestrichen werden kann. Aus Schmerz und Kasererei.

In Jelineks Aufführung steht trotzdem eine bildhafte Größe. Jelinek inszeniert das Werk von der düsteren Pracht des Königshofes her. Mit erdrückender Macht erfüllt Philippus Staat und Kirche die Bühne. Die wichtige Argenturierung dieses Hofes durch Jelinek ist sehr richtig. Aber um dramatisch vorwärts-treibend zu sein, verlangt sie große Gegenkräfte, die stär-kmüßigen Akte der Rebellion durch Carlos und Posa. Bildlich kam das zum Ausdruck, wenn Posa weiß wie ein Engel vor den König trat: dramatisch nicht, weil Jelinek die Musik der Freiheit und der Liebe strich oder zurückdrängte und weil die Darsteller des Carlos und Posa nicht aufkommen konnten gegen die Pracht und Herrlichkeit von Strnad.

Denn Strnad, der Wiener Professor, war mit seinem Bild- und Farbenwerk das wahre Erlebnis des Wunders. Er hat Jeli-

neks genialische Absichten nicht nur verwirklicht, sondern durch Geschmack, Schönheit und Bühnenwitz zu einer Kunstform erhoben. Strnad hat ein spanisch-maurisches Barock. Jelineks Treppenbau war vollendet gelöst und man fühlte kaum mehr, daß es Treppen waren, sondern die Treppe war eine architektonische Gestaltung des Fußbodens als Teil der Gesamtarchitektur der Inszenierung. Von der Rampe aus stiegen rotebraune, flache Stufen, alle goldgefaßt, in drei Jüngen zu einer Art Terrasse empor. Ein Hügel von Treppen unter einem leeren Himmel bedeckte die ganze Bühne und gab ihr einen endlosen Hintergrund. Zweimal dazwischen Jelinek die gesamte Treppe, einmal als Garten in Aranjuez, einmal als Audienzsaal, in dem eine Reihe wichtig ausgeplanter Föhnen eine Art Wand bildeten. Phil-lipp steigt einwärts und fast von hinten zu dieser Treppe hinauf. In einem weiten Halbkreis mit ihm sein Hofstaat. Dieser Hof-staat war jedesmal ein Wunder für sich. Durch ganz wenige Menschen, rechts vier Mönche in braunen Kutten, links vier Mönche in schwarzen, mit einem weißen Kreuz, das von Kopf bis zu Fuß reichte und wenigen ausgeplanter Soldaten, wurde der Eindruck von der erdrückenden Macht dieses Staates ge-schaffen.

Erfreulicherweise gab Jelinek mehr, als eine Treppenlandschaft. Schräge, dunkelgrüne Wände, Goldmassivsäulen, gewunden, wie vor indischen Tempeln, und schwere, dunkle, unheimliche Vorhänge grenzten Räume ab oder deuteten sie an. Strnads Kassen haben noch überflüssige Schnitzel und Schneden. Nur wenige große Tische, grüne Kisten mit Goldleisten standen auf der Bühne. Der König unter einem schwarzen oder roten Kissenkreuz, das wie ein Schwert über seinem Haupte drohte. Alles war düster und prächtig. Es war etwas Jernes, wie in der Nacht eines Doms, und die Goldleisten der Türen und Wände glänzten wie Wächter-äugen.

Gegen diese Pracht kam kein einziger Schauspieler auf, denn keiner übertrug ein interessantes oder belangloses Mittelmaß. Der beste, Ernst Deutsch als Posa, war zugleich der unerträg-liche. Er benimmt sich wie eine Ballettense, verbeugt sich kokett, fingelt ironisch lächelnd mit den Augen und steht lächelnd über seiner Rolle. Es war ein Posa für Bassfische. So ein unmänn-liches Körperpiel hat sich schon lange auf keiner Bühne gelprezt. Kein Mann, aber wenigstens ein Knabe, was der Carlos von Wäthel. Er forcierte nicht die Kasererei des Prinzen und er stellte sich nicht auf die Zehenstippen, um seinen Anspruch auf die spanischen Provinzen zu rechtfertigen. Seine klägliche Deklamation hat leider wenig seelische Varianten. Etwas darüber hinaus ragte durch Anmut und Weiblichkeit die Königin der Hofe. Auch sie hatte kein Gefühl für die Musik und die Trauer der tausendmal gesehnen, geliebten und vergötterten Abschieds-scene von Posa, der schönsten, die Schiller geschrieben hat. Was Jelinek aus Mangel an Gehör für Schillers Musik daraus gemacht

hat, ist ihm beinahe nicht zu verzeihen! Decarli sprang als Philipp im letzten Augenblick ein. Er war ausgezeichnet als Repräsentant des Königtums. Er war höflich als Mensch. Was für Theater Margarete Anton, ein neues Mitglied, ver-spricht, ist nach ihrer Ebbel noch nicht klar. Sie war manchmal lächerlich schlecht, aber vielleicht bedeutet ihr Mangel an Lampen-fieber, wenn sie sich auf der Bühne leidenschaftlich herumwirft, Talent. Eine gute Impression des Alba gab Stahl-Kach-bauer. Er und Araukner (Herzog von Medina) sind er-staunlicherweise vom Lessing-Theater für den „Kauf“ der nächsten Woche angezeigt. Ist auch das Ensemble des Staatstheaters nur noch ein Haufen von Premiertengästen? Dieses Ensemble muß überhaupt erst geschaffen werden. Hier hat Jelinek sein Werk fort-zusetzen, das durch sein Bündnis mit Strnad eine prächtige und breite Grundlage erhalten hat.

Georg Kaiser — Kammerspiele

Der „Kanzlist Krehler“ ist genau so ein widerliches Stück, wie sie Georg Kaiser seit Jahren produziert, ohne seine Verehrer im geringsten zu enttäuschen. Auch diesmal handelt es sich wieder um eine Kleinbürgerliche Existenz, die ihre Ordnung verläßt und an dem Ausdruck aus der bürokratischen Gliederung des bürgerlichen Daseins zugrunde geht. Solche Exzesse des er-schütterten Kleinbürgerlichen Gleichgewichts zu gestalten, wäre wohl die Aufgabe eines modernen Dichters. Aber Kaiser kann wie Sternheim nichts anderes, als solche Kleinbürger-Existenzen mit seiner eigenen Literaturromanik zu erfüllen. Um zu zeigen, daß etwas in ihnen ist, legt er ihnen seine eigene Großmanns-lust unter.

Der Kanzlist Krehler hat zum erstenmal seit vierzig Jahren an einem Wochentag Urlaub. (Erste Lüge.) Erschreckt über den An-blick der Stadt, die er noch niemals (zweite Lüge) an einem Wochentag gesehen hat, verliert er sich auf dem Heimweg (dritte Lüge). Er erkennt die Häuser nicht mehr (vierte Lüge) und findet Mühlam nach Hause (fünfte Lüge). Der Wächter seines Wohnzimmers verwirrt (sechste Lüge) ihn vollends. Zunächst läßt er sich von seiner Frau erklären, wie ein Bäcker am Vormittag die Zeitung liest (siebente Lüge). Was sagt er nun zu seinem Zimmer? Wörtlich: „Ach, Leppich, verweigern Vertraulichkeit“ (achte Lüge, große Literaturfälschung). Aber dieses Erlebnis reißt ihn jetzt aus seiner verkommenen Existenz heraus. Er will endlich leben — und wenn er zugrunde geht (achte Lüge) Doe von Kaiser, daß ein Kleinbürger gleich so leben will, daß er zu-grunde geht). Er kündigt seine Stellung (etwa 16. Lüge), kauft sich von seiner verstorbenen Ehe einen Globus (19. Lüge), um — wörtlich — sein Weltbild zu rekonstruieren, bis der Globus rotiert“ (20. Lüge).

Im zweiten Akt bringt ihm sein Herr Rat die Kündigung zu-rück. Das hat Frau Krehler erreicht, die keine Lust hat, mit dem Globus zu verhungern. Aber nun kehrt sich die Witte des Kan-zlisten gegen seine Frau. Er hat 40 Jahre Älter geschrieben, um zu leben. Er? Damit sie leben kann! Und wie sie seit geworden

davon. Man wird solche schweren Entgleisungen gewiß nicht verallgemeinern dürfen. Sie nötigen aber die Mietervertretungen zur Vorsicht und zur sorgfältigen Prüfung aller jetzt massenhaft gestellten Erstattungsanträge.

Wieder ein verlorenes Paradies

Ein sonst verlässlicher Gewährsmann teilte uns kürzlich mit, daß ein Herr Emil Sauer, wohnhaft im Grunewald, wo die Millionäre spritzen, auf seinem Grundstück in der Bismarckstraße sich 20 Kähen in einem luxuriös möblierten Zimmer hält, in dem es auch an einem schwellenden Sofa nicht fehle, auf dem die Tiere sich räkelten. Gefüttert würden sie täglich mit 3 bis 4 Pfund Rindfleisch und mit Milch, kurz, es wäre das reine Kähenparadies. Was wir unsrerseits nicht in der Ordnung fanden, da so und so viele Millionen Menschen vom Säugling bis zum Greise die reine Hölle auf Erden haben und weil die Liebe zu Kähen doch schließlich ein Luxus ist, solange die Menschheit auf dem Hund ist.

Herr Sauer teilt uns nun mit, daß dieses Paradies, wie das nun einmal mit Paradiesen so ist, ein pures Phantasiegebilde ist. Er schreibt:

Ich weiß nicht, wer sich diesen Scherz mit Ihnen erlaubt hat, möchte Ihnen aber zu Ihrer richtigen Orientierung mitteilen, daß ich auf meinem Grundstück, welches zirka 2 1/2 Morgen groß ist und verschiedene Gebäude enthält, 5 Kähen halte, um der bekannten Ratten- und Mäuseplage Herr zu werden. Die Kähen erhalten Küchenabfälle und hier und da Abfälle vom Schlachthof, die für den menschlichen Genuß nicht zugelassen sind. Milch bekommen die Tiere selbstverständlich nicht, schon deshalb nicht, weil meiner Familie selbst der nötige Bedarf fehlt. Ein möbliertes Zimmer mit Sofa „bewohnen“ die Kähen auch nicht, sondern sie halten sich im Garten, auf den Wäden und der Hausdiele auf. Daß freilich Kähen ab und zu auf ein Sofa klettern (ich habe allerdings, wie auch andere Leute, ein solches Möbel) ist nicht zu vermeiden. Ebenso wenig ist es zu verhindern, daß die Kähen Jungtiere hier und da (Katerbe) u. a. empfangen, und da passiert es auch, daß sich die Zahl der Tiere zeitweise erhöht. Diese Vermehrung wird aber schnellmöglichst beseitigt, da ich mich mit Kähenzucht nicht beschäftigen will. Falls jemand in Ihrem Bekanntenkreise angeht, der die bekannte Rattenplage eine Kähe nötig hat, bin ich gerne bereit, von dem evtl. nächsten, von mir nicht beachteten Wurfe, Ihnen einige Exemplare zur Verfügung zu stellen.

Wir hoffen, daß unser Gewährsmann, der uns mit dieser Kähengeschichte so gehörig aufziehen ließ, wenigstens einen gehörigen Kähenjammer davontragen wird. Im Wiederholungsfall werden wir ihn dazu verurteilen, Herrn Sauers Kähenjunge an Kindesstatt anzunehmen und ihnen das Paradies zu bereiten, das er so schön zu schildern mußte.

Verhöbener Schulbeginn. Der Schulunterricht konnte in den wegen Kohlenmangels geschlossenen Schulen auch gestern noch nicht überall beginnen. Es ist keine Aussicht vorhanden, das benötigte Heizmaterial innerhalb einer Woche zu erhalten. Von Eltern, denen diese ungewollte Ferienzeit gar nicht angenehm ist, werden Schulen und Schulbehörden mit Anfragen überschwemmt. Schulverwaltungen sind auf keinen Fall zu befürchten. Von verschiedenen Schulverwaltungen der Bezirksämter wurde geantwortet, daß vor Donnerstag nächster Woche auf Wiederbeginn keinesfalls zu rechnen ist.

Charlottenburg, Jugendweih. Beginn des Unterrichts zur Jugendweih am Sonntag, den 19. Februar, vorm. 10 Uhr, Bismarckstraße 49, vorn 1. Treppe. Anmeldungen bis Donnerstag beim Genossen Weinberg, Dahmannstraße 34, abgeben. Kinder sind nochmals zu benachrichtigen.

Verstorbener Raubüberfall. Gestern nachmittag gegen 5 Uhr erhielt der Sanitätsrat Dr. Krann, Holzsteinische Straße 23, in seiner Wohnung während der Sprechstunde den Besuch von zwei fremden Herren. Als K. auf Anfrage antwortete, daß er sofort zu sprechen sei, wurde er von dem einen mit vorgehaltenem Revolver gepackt, während der andere einen Hammer schwang, um ihn zum Schwelgen zu bringen. K. rief trotzdem um Hilfe, worauf die beiden das Weite suchten. Durch die Hilferufe aufmerksam gewordenen Möbelträger gelang es, beide festzunehmen und zur Wache zu bringen. Außer der Pistole und dem Hammer hatten sie einen schweren Stock, einen sogenannten Totschläger bei sich. Beide gaben zu, sie hätten unter Bedrohung Geld erpressen wollen. Es handelt sich um einen 30jährigen Kaufmann L. und um einen 22jährigen Privatshüler Joseph K. Sie wurden der Kriminalpolizei zugewiesen.

Krankeassenwahl Nieder-Barnim. Zu der am 19. März stattfindenden Wahl der Mitglieder des Ausschusses zur Nieder-Barnimer Ortskrankenkasse müssen die Wahlberechtigten bis 26. Februar eingereicht sein. Zwecks Feststellung von Kandidaten hierzu findet eine Sitzung der dazu legitimierten Vertreter der Interessentengruppen statt am 23. Februar, 6 Uhr abends, im Landratsamt Nieder-Barnim, Berlin NW 40, Friedrich-Karl-Ufer 5. Parteien und Gewerkschaften seien hierauf besonders aufmerksam gemacht.

Gewerkchaftliches

Die städtischen Angestellten zum Streik

In einer Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten, am 14. Februar, in den Sophienkassen, nahmen die Mitglieder der Fachgruppe „Gemeinde“ zum Streik der städtischen Arbeiter und Angestellten Stellung.

Schmidt gab einen eingehenden Bericht über den Verlauf der Verhandlungen und des Streiks. Er schilderte den Kampf um die Schaffung des Kanteltarifs und erklärte die Einsetzung des Wer Ausschusses als Einigungsamt als eine große Dumheit, da er ja nicht als paritätische Kommission gelten, und somit keinen Spruch fällen konnte. Die Ablehnung eines Vorschlages war eine Selbstverständlichkeit, jedoch hätte unbedingt der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums abgewartet werden müssen. Es gelang, Wissell als Vorsitzenden des Schiedsgerichts durchzusetzen. Die Urabstimmung bezog sich auf den Spruch des Magistrats. Nachdem der Spruch des Reichsarbeitsministeriums die Verlängerung des Tarifs bis 30. Juni vorah, war eine neue Situation gegeben. Es hätte unbedingt eine nochmalige Abstimmung stattfinden müssen. Die Versammlung in der Höpov-Brauerei stand unter kommunistischer Regie. Den Verbandsleitern ist erst, nachdem sie die Versammlung verlassen wollten, gestattet worden, ihre Erklärungen abzugeben. — Sie sind aber niedergedrückt worden, als sie sich gegen den Streik wandten. Wenn ein anderes Ziel erforscht worden wäre, so hätte man über den Streik reden können, und die gesamte Bevölkerung hätte sich dann hinter die Streikenden gestellt. So kann es die Arbeiterschaft nicht verstehen, warum der Streik ausgedehnt ist, der die Allgemeinheit so hart traf, und bei dem man sich nicht mit allen in Betracht kommenden Gewerkschaften vorher in Verbindung gesetzt hat. Die Verantwortung war der Streikleitung übertragen worden, und da in den städtischen Werten keine Konjunkturzeit herrscht, so hätte man den Streik bis Juni hinausgeschoben müssen. Edle Gefühle der Solidarität zwischen Arbeitern und Angestellten haben den Streik geleitet, doch hat die notwendige Klärung gefehlt! Die Organisationsleiter hatten die Pflicht, die Wahrheit über die Vorgänge zu sagen, und daher kann man sie nun nicht als Verräter hinstellen. Ganz falsch wäre es, jetzt etwa den freien Gewerkschaften den Rücken zu kehren und der im Interesse der Gewerkschaft liegenden Opposition im A. D. G. B. den Boden zu entziehen. Wenn der Zeitpunkt geeignet gewesen wäre und der Kampf der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die wirtschaftliche Bereubung und für die 10 Punkte entbrannt wäre, dann hätte ein Kampfsziel bestanden und das gesamte Proletariat würde den Kampf der städtischen Arbeiter verstanden haben.

Auf Beschluß der Versammlung sprach u. a. das der Tarifkommission angehörige Mitglied Schimmelpfennig. Es ist gegenteiliger Auffassung, und erklärt, daß die Streikleitung die gegebene Körperhaft war. Er mußte aber zugeben, daß große Verstöße begangen wurden, und zwar sollte der Streik erst Montag mittag seinen Anfang nehmen, während er schon Sonntag nachts ausbrach, und die Wasserwerke stillzulegen nicht beabsichtigt war! Trotzdem sprach Redner von „Barrak“ und der J. d. A. hätte den Streik sanktionieren müssen. Nach einer langen Diskussion, die sich bis nach Mitternacht hinzog, wurde ein Beschluß gefaßt. Fick Krüger und Schmidt ihrer Bemerkung zu entziehen, die Sektionsleitung zum Rücktritt zu veranlassen und gegen die Erstgenannten ein Ausschlussverfahren einzuleiten.

Wir halten diese mitternächtlige Entschlieung für einen großen Fehler, der nur zum Schaden der Mitglieder sich auswirken wird. Eine für ihre Verantwortung bewusste Gewerkschaftsleitung hat die Pflicht, ihre Mitglieder nicht in eine total verfahren Situation blindlings hineintreiben zu lassen. Diese Tatsache lag vor, und der J. d. A. tat nur seine Pflicht. Nicht mehr und nicht weniger. Deshalb einen solchen Beschluß zu fassen, lag keine Veranlassung vor.

Vor einem neuen Portierstreik?

Der Portierverband teilt mit: Der Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer weigert sich, die vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 1. Februar d. J. durch Schiedsspruch festgesetzten Löhne zu zahlen, geschweige denn den Schiedsspruch überhaupt anzuerkennen. Die Organisation der Portiers, Heizer, Fahrstuhlführer usw. (Sektion 7 des Deutschen Transportarbeiterverbandes), steht nunmehr vor der Frage, entweder die Mitgliedschaft weiter vererbend zu lassen oder den Kampf auf der ganzen Linie zu beginnen.

Eine Anrufung des Demosilmachungskommissars um Vermittlung, hält die Organisationsleitung nach den letzten Erfahrungen für vollkommen zwecklos. Am nicht zu verzweifeln, sehen sich die Berufsangehörigen genötigt, zum letzten Mittel greifen zu müssen. Die Funktionäre der Sektion haben deshalb gestern in einer stark besuchten Konferenz einstimmig beschlossen, den heute stattfindenden Vollversammlungen den Streik zu empfehlen.

der unzweifelhaft beschlossen werden wird. Die Funktionäre sahen nach eingehender Beratung kein anderes Mittel mehr als den Kampf. So bedauerlich es ist, daß eine große Anzahl von Arbeitern und Angestellten wegen der stillgelegten Heizungen, Fahrstühle, und zum Teil Lichtanlagen, in Mittelschicht gezogen werden, ist unseren Berufscollegen nicht zuzumuten, daß sie selbst am Hungertuche nagen sollen. Die Organisationsleitung hat mit der Tarifdeputation des Magistrats verhandelt, welche die gefällten Schiedssprüche für alle städtischen Wohn- und Industriehäuser angenommen hat, so daß diese Häuser vom dem Streik nicht ergriffen werden.

Alle Kollegen, die in städtischen Häusern beschäftigt sind, haben sich sofort unter Vorlegung des Verbandsbuches im Bureau, Panzerstraße 31, oder ab Donnerstag, den 16. Februar, im Zentralstreikbureau, bei Spiegel, Adlerstraße 1, am Kopenplatz (Telephon: Norden 2736) einzufinden.

Neue Lohnbewegungen im Gastwirtsgerwerbe

Das Kartell der im Gastwirtsgerwerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen hat dem Arbeitgeberverband für das Gastwirtsgerwerbe bereits im Januar Forderungen auf Bewilligung von Teuerungszulagen eingereicht. Die bisher gepflogenen Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Arbeitgeber bereit erklärten, Teuerungszulagen ab 1. Februar d. Js. zu zahlen. Die weiteren Verhandlungen über die Höhe der Zulagen scheiterten und wurde in Uebereinstimmung beider Parteien schließlich eine im Tarifvertrag vorgesehene vereinbarte S c h i e d s r i c h t e angesetzt. Am Mittwoch, den 15. d. Mis., wird nunmehr ein Schiedsgericht beim Reichsarbeitsministerium zusammentreten, um einen Spruch über die Höhe der Teuerungszulage zu fällen. Es ist zu hoffen, daß durch den zu fallenden Schiedsspruch alle bestehenden Differenzen beigelegt werden. Zwei öffentliche Versammlungen die Donnerstag nacht im Blüthneraal und in den Germania-Kassen stattfinden, werden zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen und über Annahme oder Ablehnung desselben entscheiden.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter! Gemahregeitel für Reinickendorf und Tegel befindet sich die Kontrollstelle in Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 15, im Volkshaus U. S. V. Die Auszahlung der Gemahregeitelunterstützung findet ebendort, Sonnabends, von 10-12 Uhr, statt. Die Abstempelung der Legitimationskarten muß täglich von 10-12 Uhr erfolgen.

Parteiveranstaltungen

Stadtverordnetenfraktion

Donnerstag, nachm. 4 Uhr, dringende Fraktionsitzung im Zimmer 109.

Mittwoch, 15. Februar.

8. März. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Karlsen.

Donnerstag, 16. Februar

16. März. Finanzarbeitskommission. Abends 7 Uhr wichtige Besprechung. Kammerstr. 2. Alle Mitteilungen müssen vorzulegen sein.

Wohlfahrt. Abends 7 Uhr in der Halle des Reichshaus, Wollweberstr. 15, Vortrag des Genossen Dr. Kattenscher über das Leben der Revolutionärskämpfer in bayerischen Gefängnissen und Zellen.

Spandau. Sozialistische Arbeitergemeinschaft. Abends 7 1/2 Uhr im Volkshaus, Weidenerstr. 8. Genossen und Genossinnen, sowie Mitglieder der S. V. J. wollen zahlreich erscheinen. Zeitlicher Aktionsprogramm ist mitzubringen.

Freitag, 17. Februar

15. Verwaltungsbezirk. 7 1/2 Uhr Bezirks-Vorstandssitzung in der Schule Niederkirchener, Berliner Straße, Zimmer 11.

Schöneberg-Bezirk. Die Funktionäre und Funktionärinnen der Arbeiterkommission werden gebeten, 4 1/2 Uhr Tempelhofer Str. 11 rechtzeitig zu erscheinen.

Mitteberg-Bezirk. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Seipke, Kronprinzessinnen-Str. 10, Charlottenburg, Gruppe 1 und 2. Nachm. 4 1/2 Uhr Fraktionsitzung der Arbeiterkommission bei Seipke, Kronprinzessinnen-Str. 10.

Spandau. Der Karussell des Genossen Eggert über Sozialismus findet bestimmt statt (Krause-Mittelschule).

Verbandskalender

Donnerstag, 16. Februar

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche: Einfallert und Rosenhain. Abends 7 Uhr Versammlung bei Müller, Straußstr. 15. L. C. 1. Branchenausschüsse: 1. Revue der Branchensitzung. 2. Genossenschaftliche Besprechungen aus allen Bezirken des Transportarbeiterverbandes und Arbeiterinnen aus allen Bezirken des Reichsverbandes, Heide und Hüttenberg. Abends 7 Uhr Gruppenversammlung bei Witte, Weidenerstr. 29. — Branche: Holzindustrie. Abends 7 Uhr Branchensitzung im Englischen Hof, Alexanderstr. 12.

Verband der Seiler, Tapezierer und Verputzer. Abends 7 Uhr Branchensitzung im Reichshaus, Kollnseeufer Str. 11-12. — Gewerbe, Verband. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant „Luder“, Friedrichstr. 100. — Bauernangelegenheiten, Bauernverband der Stadt Berlin. Abends 6 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lehrerseminar, Ullrichstr. 40-41.

Verantwortlich für Politik und Heiligkeit: Dr. Paul Herz, Charlottenburg; für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaftliches: A. Geneser, Berlin; für den Internationall und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometz, Berlin. — Verlagsgrößenliste: „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 5-6.

Verzeichnis der „Freiheit“-Expeditionen

Die Expeditionen sind geöffnet: Dienstags von 10-2 Uhr Nachmittags 3-6 „Montags nur 3-6 „

Sämtliche einschlägige Periodikatur in allen Expeditionen erhältlich. Einzelgen-Kaufnahme ebenfalls.

- Zentrum: Langpedition, Breite Str. 8-9
- Norden: Franke, Center-Str. 24; Fröhlich, Panstr. 60; Padmann, Scharnweber Str. 18; Lohmann, Hülstenstr. 43; J. J., Adlerstr. 174
- Nordwesten: Franzen, Willhofer Str. 19; Uebert Str. 16
- Nordosten: Werner, Greifwalder Str. 29; Wühl, Choriner Str. 68
- Osten: Wenzel, Kadiner Str. 11; Kolbe, Weberstr. 25
- Südosten: Eimer, Staller Str. 101
- Westen: Marie Löhring, Steinwehrstr. 23
- Süden: Jordan, Rest, Trebenner Str. 24; Krüger, Wasserthorstr. 41 (Keller); Schäfer, Gneisenaustr. 70
- Adlershof: Gädte, Kleingartenweg 8
- Alt-Lichtenberg: Frau Krüger, Rudower Straße 72
- Bernau: Hoffmann, Schraderstr. 11
- Biesdorf: Wölfe, Mühlentstr. 7
- Blankenburger-Buchholz: J. J. Bahnhofsstraße 24
- Bohnsdorf-Grünau: Triebke, Paradiesstr. 12

- Vorsigwalde: Gebauer, Schubertstr. 32
- Wrig: Mittag, Chausseest. 82
- Charlottenburg: J. Sterniker, Königin-Elizabeth-Str. 6b; Köhne, Wallstr. 4
- Stigwalde: Kähler, Bahnhofsstr. 89
- Fichtenau bei Bohnsdorf: Kräfte, Waldstraße 28, J. J.
- Fredersdorf: Rechenberg, Lanze Str. 15
- Friedrichshagen: Petermann, Rheinstr. 28, Ecke Händelstraße, J. J.
- Friedrichshagen: Furmann, Viktoriast. 1
- Friedrichshagen: J. J., Kurze Str. 1
- Grünau-Zehlendorf: Schedone, Köpenicker Straße 92
- Heinersdorf: Wisniemski, Timusstr. 58
- Hermesdorf: Sorauer, Kastanien-Allee 2
- Hohenneuendorf: Müller, Emmastr. 4
- Hohenschönhausen: nach Sped. Weihensee Langhausstraße, J. J.
- Johannisthal: Kleper, Friedrichstr. 38
- Karlshorst: J. J., Genthofstraße 82
- Kaulsdorf: Scholz, Lohstr. 8
- Köpenick: J. J., Schlag, Riechtr. 6

- Königswusterhausen: Löhring, Schwanloppstr. 68, siehe Bildau
- Lichtenberg: Reiserow, Tadorfer Str. 25; Paul Schulze, Eitelstr. 30; Sittmring, Wehsestraße 28
- Lichtenrade: J. J., Viktoriast. 3
- Lichterfelde: J. J., Karlstr. 1-2
- Lichterfelde-Ost: J. J., Hindenburgdamm 85
- Mahlsdorf: Wertens, Wilhelmstr. 1
- Mariendorf: J. J., Chausseest. 29
- Mittenwalde b. Bl.: Kallnowski, Salzmarkt 9
- Neuenhagen: J. J., N. Wenzel, Ziegelstraße
- Neukölln: Krüger, Emser Str. 32
- Wiese, N. d. d. Str. 3
- Niederschöneweide: Gronius, Allee Str. 23
- Niederschönhausen: Seeger, Eichenstr. 65
- Oberschöneweide: Raul, Bismarckstr. 26
- Oranienburg: Feinert, Lindenstraße 3
- Pankow: Spielermann, Mühlentstr. 20
- Reinickendorf-Ost: Bamberg, Reibengstr. 126

- Reinickendorf-West: Seibel, Volkshaus, Scharnweberstraße 14/15
- Rosenthal: Gille Belg, Niederstr. 3
- Schmargendorf: Rehob, Breite Str. 3
- Schöneberg: J. J., Weigertstr. 27
- Siemensstadt: J. J., Nonnendamm 82c
- Spandau: J. J., Lindenerstr. 34
- Staanen: J. J., Aulerau, Eichenstr. 12
- Stralau: Senne, Sadferstr. 2
- Steglitz: Bernsee, Mommsenstr. 59
- Tübingen: Zwintschert, Brandenburger Str. 7
- Tegel: Gide, Brunnenstr. 46
- Teltow: Käsel, Mühlendorferstr. 87
- Tempelhof: J. J., Kaiser-Wilhelm-Str. 13
- Treptow: Weis, Kieho-Str. 18b
- Waidmannslust: Ernst Gna, Watanenstr. 12
- Weihensee: Radje, Friedrichstr. 4
- Wildau: Löhring, Schwanloppstraße 68
- Wilmersdorf: J. J., Kehler-Feldstr. 19
- Wittenau: G. Holz, Oranienburger Str. 82
- Zehlendorf: J. J., Wegener, Annastr. 10
- Zehlendorf: Weidner, Bahustr. 2

Verlag der „Freiheit“ e. G. m. b. H. Berlin C 2 * Breite Straße 8, 9

Bezugspreis für die „Freiheit“ bei täglich zweimaligem Erscheinen Mk. 21.— frei Haus, per Streifenband für Deutschland Mk. 35.—, für das übrige Ausland Mk. 73.—, mit den Unterhaltungsbeilagen freie Welt, Frauen-Welt, Jugend-Geselle

Wir bitten, dieses Verzeichnis aufzusuchen und die in denselben angeführten Expeditionen bei Bestellungen der „Freiheit“ den Angaben von Anschriften und bei Wünschenswerten in Bezug auf zu nehmen. Bestellungen jeder Art sind an den Verlag direkt oder an die zuständige Expedition zu richten. Der Verlag.